

An die Mitglieder von  
Bündnis 90/Die Grünen Bremen

**LANDESVERBAND BREMEN**

**Dr. Henrike Müller, Dr. Hermann Kuhn  
Karo Linnert, Dr. Matthias Güldner**

Schlachte 19/20  
28195 Bremen  
Telefon: 0421/3011-0  
Telefax: 0421/3011-250  
eMail: [lv.bremen@gruene.de](mailto:lv.bremen@gruene.de)  
internet: [www.gruene-bremen.de](http://www.gruene-bremen.de)

BSAG-Verbindung: Linien  
1,2,3,5,25,26,27 > Am Brill

**Aktuelle Debatte zum Bildungshaushalt**

Bremen, 10. Juli 2012

Liebe Grüne,

in den vergangenen Wochen und Tagen gab es sehr viel Verwirrendes und Anstrengendes für uns in den Medien über den Bildungshaushalt zu lesen und zu hören. In den Beiräten und an den Schulen selbst sind viele von Euch direkt damit konfrontiert, dass es in vielen Schulen eine Unsicherheit darüber gab, wie viele Lehrerstunden ihnen für das kommende Schuljahr zugewiesen werden. Wir möchten Euch mit diesem Brief einige zusätzliche Informationen aus unserer Sicht zukommen lassen. Wir haben als Grüne hohe Ansprüche gerade an die Schulpolitik, wir haben ehrgeizige Ziele formuliert mit der Inklusion; wir wissen um die Mühen der Umsetzung, aber wir möchten doch auch in Erinnerung rufen, was die rot-grüne Koalition, was wir Grünen in Partei, Fraktion und Senat für gute Bildung in Bremen getan haben – soweit sich das allein in Zahlen ausdrücken lässt.

*Der Koalitionsvertrag*

Der Vertrag zwischen SPD und Grünen von 2011 hat die Schwerpunktsetzung der Koalition im Bereich von Schulen und frühkindlicher Bildung fortgesetzt. Dafür haben wir beschlossen, in den vier Jahren der Wahlperiode mehr als 50 Mio. als Schwerpunktmittel für diesen Bereich auszugeben. Wie seit 2007 soll die Zahl der Lehrer konstant bleiben; der Beitrag des Bildungsressorts zur Senkung des Personalbudgets, den alle Ressorts erbringen müssen, soll geringer sein und durch andere Maßnahmen der inneren Organisation erbracht werden.

*Der Haushalt*

Die Haushalte für die Jahre 2012 und 2013 sind am 9. Mai dieses Jahres mit den Stimmen von SPD und Grünen beschlossen worden. Damit haben sie Gesetzeskraft und müssen von allen eingehalten werden. Eingebracht worden ist der Haushalt vom gesamten Senat, der für jedes Ressort damit die Eckwerte festgelegt hat, also die Einnahmen und Ausgaben – für Personal, Investitionen und anderes. Die Haushaltsaufstellung ist die Aufgabe der Finanzsenatorin, die dabei den Koalitionsvertrag umsetzt – aber beschlossen wird er von der ganzen Koalition, im Senat wie im Parlament. Das Haushaltsgesetz und die Haushaltspläne: das ist das, was eine Parlamentsmehrheit vom insgesamt Wünschbaren und Sinnvollen für machbar und für finanzierbar hält.

Seine Haushaltspläne wie auch die Planungen für die kommenden Jahre meldet Bremen auch nach Berlin an den Stabilitätsrat. Zu diesen Plänen gehört auch die Absicht, dass Bremen 200 Stellen pro Jahr im öffentlichen Dienst einspart – das ist für alle Ressorts, die keine Ausnahme haben wie Lehrer und Polizei, eine große Anstrengung. Wenn wir das nicht schaffen, wird Bremen großen Ärger bekommen; denn die 300 Mio. jährliche Zinsbeihilfen bekommen wir vom Bund nur, wenn wir unseren Konsolidierungsweg einhalten! Und das ist natürlich der Hintergrund für unsere Politik in allen Bereichen, dass wir aus der Schuldenfalle herauskommen wollen und müssen.

#### *Der Bildungshaushalt*

Während der Haushaltsberatungen, im Nachklang der Schwierigkeiten zu Beginn des vergangenen Schuljahres, hat die Senatorin für Bildung einen zusätzlichen Stellenkorridor von bis zu 40 Stellen außerhalb ihres Haushaltes zur Verfügung gestellt bekommen. Das Geld dafür zahlen letztlich alle anderen Ressorts.

Wenige Tage nach der Verabschiedung der Haushalte für 2012 und 2013 in der Bürgerschaft erhob das Bildungsressort die Forderung nach zusätzlich 110 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer (mit einem Finanzvolumen von über 5 Mio. Euro jährlich). In den Gesprächen mit dem Finanzressort stellte sich heraus, dass diese Stellen bereits den Schulen im Detail, mit Fächerkombination usw. zugesagt worden waren; in der Mehrzahl gab es Auswahlverfahren, die schon zu Empfehlungen für eine bestimmte Person geführt hatten. Das heißt, die Schulen kannten ihre „Neuen“ schon und freuten sich darauf. Diese Zusagen waren ohne Deckung durch den Haushalt und ohne Befassung von Senat und Parlament gemacht worden.

#### *Der Koalitionsausschuss*

Wir haben alle gemeinsam das Interesse an einem geordneten und guten Beginn des kommenden Schuljahres. Als die Gespräche zwischen Bildung und Finanz kein Ergebnis brachten, haben wir uns deshalb in zwei Sitzungen im Koalitionsausschuss mit der Frage befasst. Am Ende stand die Einigung: Die Bildungssenatorin kann bis zu 110 Lehrerinnen und Lehrer über ihr Haushaltsbudget hinaus einstellen. Diese Erlaubnis ist eine Überbrückung und sie muss bis Ende 2013 zurückgeführt werden. Das heißt, Ende 2013 wird es in Bremen nicht weniger Lehrerstellen als 2007 geben, aber auch nicht mehr. Um das zu erreichen, sind einige Maßnahmen verabredet worden, z.B. dass zum Schuljahr 2013 keine neuen offenen Ganztagschulen eröffnet werden können. Im Übrigen hat die Bildungssenatorin Vorschläge für interne Sparmaßnahmen erläutert, die in ihrer Verantwortung stehen.

#### *Bedarf und Finanzierung*

Als Begründung für immer neue Forderungen dient regelmäßig „der Bedarf“. Nun wissen wir alle: Der Bedarf an Haushaltsmitteln ist grundsätzlich unbegrenzt. Bremen muss es aber wie jedes andere Gemeinwesen schaffen, mit dem zur Verfügung stehenden Geld auszukommen. Wir schaffen es noch nicht, auch in diesem Haushaltsjahr werden mehrere hundert Millionen neue Schulden aufgenommen, die von unseren Kindern zurückgezahlt werden müssen. Deshalb sind wir alle, in Parlament und Senat, verpflichtet, „Bedarf“ und Haushaltsmittel in Deckung zu bringen. Die Planung für die nächsten Jahre ist jeder SenatorIn bekannt. Alle Bereiche der Politik, Polizei, Finanzamt, Klimaschutz, Kinderbetreuung, Straßenreparatur usw. und eben auch Schulen müssen nach der politischen Diskussion und Beschluss mit dem Geld auskommen. Sie alle würden gern mehr tun, mit guten Gründen.

Immer wieder wird verbreitet, der Bildungshaushalt würde gekürzt. Das Gegenteil ist der Fall. Die Ausgaben pro Schülerin und Schüler sind in den Jahren der rot-grünen Koalition gestiegen. Die Ausgaben für Personal betragen 2007 234 Mio. Euro, für 2013 sind 250 Mio. vorgesehen,

Tarifsteigerungen werden obendrauf kommen. Dazu kommen 6 Mio. für die Reinigungskräfte, die heute nicht mehr von Bildung bezahlt werden. Auf der anderen Seite ist die Zahl der SchülerInnen an öffentlichen Schulen von 53.390 im Jahr 2006/7 auf 47.575 im Jahr 2012/13 gesunken, also um 10%! Diese sogenannte demografische Rendite (rechnerisch 265 Lehrerstellen) kommt in Bremen, anders als in anderen Bundesländern, ganz der Verbesserung der Qualität in den Schulen zugute. Und dass heißt in Bremen vor allem der Umsetzung der Schulreform und der Inklusion.

Dazu kommen die Schwerpunktmittel für den Ausbau der Ganztagschulen, dazu kommen Sondermittel für Investitionen im Zusammenhang mit der Inklusion. Und erwähnen möchten wir auch, dass das Bildungsressort den Löwenanteil der Mittel aus dem Konjunkturprogramm II bekommen hat: über 30 Mio. für An- und Umbauten, Mensen, energetische Sanierungen.

*Und nun?*

Offensichtlich ist, dass es trotz der Hilfs- und Unterstützungsaktion zu sehr großer Unruhe und Unzufriedenheit an den Schulen gekommen ist. Und viele von uns Grünen sind mitten drin im Getümmel. Aber nur geordnetes Handeln und Transparenz kann jetzt nach unserer Überzeugung die Aufmerksamkeit auf einen guten Start in ein neues Schuljahr nach den Sommerferien konzentrieren.

Und Transparenz ist auch die entscheidende Konsequenz, die wir aus der Diskussion für uns gezogen haben. Der Koalitionsausschuss hat schon festgehalten, dass die weitere Entwicklung des Bildungshaushaltes künftig regelmäßig eng von der Finanzverwaltung begleitet wird und dass den parlamentarischen Gremien darüber berichtet wird. Die Grüne Bürgerschaftsfraktion hat eine Anfrage (<http://gruenlink.de/ab3>) eingebracht, nach welchen Regeln und Kriterien denn eigentlich die Zuweisung von Lehrerstunden an die Schulen geschieht und wie die Realität ist. Wir müssen erreichen, dass den Schulen in Zukunft schon zum Jahreswechsel, lange vor Beginn des neuen Schuljahres, gesagt wird, mit welchen Ressourcen sie rechnen können. Die Summe all dieser Zusagen muss dann den Betrag geben, der im Haushalt steht.

Liebe Grüne,

wir möchten Euch gern deutlich machen, dass diese Koalition zwar angesichts unserer Haushaltssituation nicht all das machen kann, was wir alle gern für die Ausbildung der jungen Menschen tun würden, wenn wir denn Wünsche frei hätten. Aber dass wir erkennbar und zählbar große Anstrengungen unternommen haben und unternehmen, um unter schwierigen Bedingungen die großen Ziele unserer Schulreformen umzusetzen. Wir möchten Euch bitten, bei allen kritischen Diskussionen, diese Anstrengungen zur Sprache zu bringen und sichtbar zu machen.

Für Rückfragen und Diskussionen stehen wir Euch im Kreisverband, in den Stadtteilgruppen, in der LAG oder sonst wo zur Verfügung. Wenn es großes Interesse daran gibt, können wir nach Euren Rückmeldungen auch gern ein gesondertes Treffen organisieren.



Henrike Müller

Hermann Kuhn



Karo Linnert



Matthias Güldner